

Strategie und Methodik. Zum Verhältnis von Politischer Theorie und Politischer Philosophie

Sven Altenburger*

Bericht zur Tagung *Politische Theorie und Politische Philosophie in Wissenschaft und Öffentlichkeit*, Universität Hamburg, 17.-19. Sept. 2019¹

Politische Theorie ist die Verkörperung von Interdisziplinarität. Formal und inhaltlich zur Politikwissenschaft zugehörig, gibt es doch erhebliche Schnittmengen mit anderen Disziplinen, vielleicht in herausgehobener Weise mit der Politischen Philosophie. Was folgt aus dieser Nähe? Wie sollte sich die (Teil-)Disziplin der Politischen Theorie und Ideengeschichte strategisch und methodisch im Verhältnis zur Politischen Philosophie positionieren? Diese selbstreflexiven Fragen der Disziplin gewinnen an Dringlichkeit vor dem Hintergrund möglicherweise anhaltender Marginalisierungstendenzen der Politischen Theorie innerhalb der deutschen Politikwissenschaft.

Unter dem Titel *Politische Theorie und Politische Philosophie in Wissenschaft und Öffentlichkeit* fand vom 17. bis 19. September 2019 die Herbsttagung der Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte in der DVPW an der Universität Hamburg statt. OrganisatorInnen waren *Peter Niesen* und

Svenja Ahlhaus sowie mitwirkend *Matthew Braham* (allesamt Hamburg) und *Stefan Gosepath* (Berlin). Den einleitenden Worten Niesens zufolge sollte die Tagung eine Bestandsaufnahme der an Universitäten und Forschungsinstituten institutionalisierten Politischen Theorie in Deutschland zwischen Abgrenzung und Nähe zur Politischen Philosophie leisten und damit einen inhaltlichen und strategischen Reflexionsprozess anstoßen. Dies geschehe vor dem Hintergrund, dass seit den 1990er Jahren über philosophische Zugänge etwa im Bereich der Demokratie- und Gerechtigkeitstheorie Anknüpfungen an den internationalen Forschungsdiskurs stattgefunden hätten. Dies wiederum habe die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht und damit den schleichenden Niedergang der Politischen Theorie verhindert, aber auch die Frage nach disziplinärer Zugehörigkeit der Politischen Theorie neu aufgeworfen.

Politische Theorie und politische Realitäten

Gibt es einen Unterschied zwischen politischer Theorie und politischer Philosophie? In etymologischer Hinsicht nur sehr begrenzt, bezeichnet das altgriechische *theoria* doch gerade das reine Anschauen, die Kon-

* Sven Altenburger, Georg-August-Universität Göttingen
Kontakt: sven.altenburger@uni-goettingen.de

1 Dieser Bericht wurde bereits vorab auf dem theorieblog veröffentlicht;
<https://www.theorieblog.de/index.php/2019/11/strategie-und-methodik-zum-verhaeltnis-von-politischer-theorie-und-politischer-philosophie-bericht-zur-hamburger-sektionstagung/>

templation. So konnte Hans-Georg Gadamer im Jahre 1980 den Versuch unternehmen, ein antikes Theorieverständnis in kritischer Distanz zur Studentenbewegung zu rehabilitieren, wie *Philipp Felsch* (Berlin) im ersten Abendvortrag aufzeigte. Die 68er wiederum hätten den Theoriebegriff besetzt und ihm eine polemische anti-philosophische (sprich: anti-universitätsphilosophische) Stoßrichtung verliehen. Dieser nicht inhaltlich, sondern institutionell-kulturell bestimmte Gegensatz von politischer Theorie und politischer Philosophie lässt sich auch auf die heutige Zeit übertragen: Der eindeutigste Unterschied – so der Tagungskonsens – liegt schließlich in der institutionellen Verortung in politikwissenschaftlichen und philosophischen Instituten. Somit sind die Politische Theorie und die Politische Philosophie als Teildisziplinen (in diesem Sinne erfolgt im Folgenden die Großschreibung von „politisch“) auch in unterschiedliche Wissenschaftskulturen mit ihren je eigenen Forschungslogiken und Dynamiken integriert.

Den Beiträgen des zweiten Tagungstages oblag es, unterschiedliche methodische Ansätze der Politischen Theorie und Politischen Philosophie vor dem Hintergrund exemplarischer Gegenwartsherausforderungen von Ökonomie und Digitalisierung zu verdeutlichen. Dabei fiel ein gewisses Übergewicht von Beiträgen ins Auge, die sich im weitesten Sinne analytisch-philosophischen Ansätzen verschreiben, gegenüber solchen, die kontinentalphilosophischen Traditionen entstammen. Unabhängig davon fand sich in sämtlichen Vorträgen eine Balance von theoretischer Argumentation und empirischer Rekonstruktion (trotz unterschiedlicher Annahmen zum Verhältnis von Fakten und Normen). Der Ansatz einer *engaged political philosophy*, wie ihn *Jonathan Wolff* (Oxford) im zweiten Abendvortrag skizzierte, postulierte gar die Rekonstruktion real existierender politischer Probleme samt ihren historischen Rahmenbedingungen sowie das konsequentialistisch geleitete Nachdenken über *policy options* zur Hauptaufgabe politischer Theorie (vgl. Wolff 2019).

Den Stellenwert von empirischer Rekonstruktion in politiktheoretischer Arbeit konnte man auch den Roundtables des dritten Tagungstages zur Außenwahrnehmung der politischen Theorie entnehmen. Politische TheoretikerInnen wollen – so die einhellig vertretende Tagungsansicht – öffentlichkeitswirksame Beiträge liefern. *Thorsten Jantschek* (Deutschlandfunk) diagnostizierte jedoch, dass die öffentliche Diskursheftigkeit in politischen Fragen von Seiten der Akademie derzeit bei der Soziologie läge. Seine Begründung, dass Wissenschaftler wie Hartmut Rosa oder Andreas Reckwitz begriffliche Schärfe und Normativität vorweisen würden, verfängt freilich nicht. Vielmehr scheint es nicht zuletzt die Kombination dessen mit empirischen, zeitdiagnostischen Aussagen zu sein, welche ihre Arbeiten für ein breiteres Publikum interessant macht. Nun mag zwischen öffentlicher Resonanz und politischer Wirkung freilich im Einzelnen ein großer Unterschied bestehen. Nach *Daniel Voelsen* (Stiftung Wissenschaft und Politik) könne die Leistung der politischen Theorie für die Politikberatung darin bestehen, politische Ereignisse in größere Sinnzusammenhänge einzuordnen. Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass politische Theorie primär dann *öffentlich und beratend* relevant wird, wenn sie sich mit empirischen Phänomenen befasst.

Einen Kontrapunkt zu diesem impliziten Tagungskonsens mag man im Auftaktreferat *Onora O’Neills* (Cambridge) erblicken. Eingebettet in wenig kontroverse Ausführungen zu notwendiger methodologischer Pluralität in den Geisteswissenschaften, rechtfertigte sie letztendlich einen spezifischen Zugang zu politischer Theorie, bei dem die Entwicklung von handlungsleitenden ethischen Normen unter explizitem Ausschluss von Kontextsensibilität und Anwendungsfragen im Vordergrund steht. Die vorgeschlagene Stoßrichtung „beyond Rawls and Habermas“ (denen sie vorwarf, die Demokratie zu verabsolutieren) dürfte jedoch in der von ihr intendierten Ausgestaltung mindestens unter Politischen TheoretikerInnen einen schweren Stand haben. Schließlich lässt einen O’Neills Feststel-

lung, dass es eine Geschichte der Marginalisierung normativer Methodik innerhalb der Geisteswissenschaften im 20. Jahrhundert gegeben habe, die im heute omnipräsenten Relativismus kulminiere, angesichts des lange Zeit großen Einflusses analytischer Moralphilosophie auf die politische Theorie doch etwas verwundert zurück.

Politische Theorie und die Sozialwissenschaften

In den Vereinigten Staaten liegt so auch der primäre Unterschied von Politischer Theorie und Politischer Philosophie in wissenschaftsinstitutioneller Hinsicht darin, dass letztere sich stets im Schatten eben jener kontrollierenden Moralphilosophie (bis in jüngere Zeit vor allem rawlsianischer Provenienz) bewegt, wie *Simone Chambers* (Irvine) am ersten Tagungstag herausgearbeitet hat. Die Politische Theorie hingegen unterläge keinem „externen policing“ von Seiten der Politikwissenschaft, was eine pluralistischere, dynamischere und kreativere Entwicklung ermögliche. Gleichfalls stellte Chambers auch eine Abkehr von streng kontextualistischer Cambridge-School-Methodik innerhalb der Politischen Theorie fest, wenn sie ausführt, dass die Frage nach der akkuraten Interpretation von beispielsweise Hobbes zunehmend durch problemgetriebene Fragen, etwa zu Souveränität, ersetzt werde und Hobbes nun daraufhin untersucht werde, wie er bei der Beantwortung helfen könne.

Aus Sicht der deutschen Soziologie konstatierte *Wolfgang Knöbl* (Hamburg), dass der politische Realismus der Münkler-Schule für die Soziologie derzeit ein größeres Anschlusspotential besäße als der politische Normativismus Frankfurter Provenienz – gesetzt, dass weniger reine Theoriegeschichte betrieben und vielmehr systematische Fragen und Wirkungszusammenhänge in den Vordergrund gestellt würden. Die Beispiele Knöbels (István Honts *Jealousy of Trade* und Quinn Slobodians *Globalists* zum Theorem der funktionalen Differenzierung) zielten

dann zwar partiell auf systematische Fragen ab, aber daneben auch auf Rezeptionskorrekturen durch ideengeschichtliche Rekontextualisierung. Einen Tagungsbeitrag in diesem Sinne lieferte *Sebastian Huhnholz* (Hannover). Die von ihm herausgestellte Methode des „serial contextualism“ (David Armitage), die implizit auch Honts und Slobodians Werken zugrunde zu liegen scheint, verknüpft synchrone mit diachronen Herangehensweisen (vgl. Armitage 2012: 497). Dies mag in der Tat das Potential besitzen, den Mikro-Kontextualismus, der mitunter im anglo-amerikanischen Umfeld der Cambridge School praktiziert wird, zu überwinden und damit einen Beitrag zur Beantwortung zeitlich komplexerer Zusammenhänge zu liefern. Dann wäre auch die Anschlussfähigkeit an sozialwissenschaftliche Studien mit historischem Interesse erhöht.

Eine andere naheliegende Schlussfolgerung aus den Ausführungen Knöbels, die *nicht* bei der Tagung vorgetragen wurde, wäre es, die Anstrengungen um eine stärker sozialwissenschaftliche „institutional political theory“ (Jeremy Waldron) zu intensivieren, die sich historisch-rekonstruktiv mit politischen Institutionen und den ihnen zugrunde liegenden Normen oder Leitideen befasst (vgl. Waldron 2016: 18). Hier kann freilich auch auf deutsche Vorarbeiten u.a. Gerhard Göhlers (1990) zurückgegriffen werden. Dem scheint *Michael Zürn*s (Berlin) Überlegung entgegenzustehen, dass in der *Distanz* zu politischen Institutionen ein gewinnbringendes Potential der Politischen Theorie für die anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft liege, denen die Tendenz innewohnt, sich in Institutionalismen zu verfangen. Wenn er jedoch zugleich davon spricht, dass sich die politische Theorie aus den Höhen der Begründung herablassen und mit empirischen Anwendungsfragen befassen sollte, dann könnte man darin eine bedeutsame Einschränkung seiner vorherigen Aussage erblicken: die Frage nach der Institutionenferne wäre demnach nur eine graduelle.

Dass Politische TheoretikerInnen ein Mindestmaß an intradisziplinären, politik-

wissenschaftlichen Kenntnissen und Methoden im Sinne einer *literacy within the discipline* vorweisen sollten, argumentierten sowohl Chambers als auch *Armin Schäfer* (Münster) ohne Widerspruch zu ernten. Wie weit empirische Methodenkenntnisse reichen sollen, war hingegen umstritten. So sprach sich *Gary Schaal* (Hamburg) für eine Öffnung der Politischen Theorie zu Big Data-Analysen aus, um sowohl inhaltlichen Autonomieverlusten im Verständnis der digitalen Welt als auch forschungsstrategischer Benachteiligung gegenüber konkurrierenden Disziplinen vorzubeugen. Dagegen warb *Frank Nullmeier* (Bremen) in einem Publikumskommentar für eine Aufgabentrennung zwischen empirischer Politikwissenschaft und Politischer Theorie. Letztere könne zwar hypothesenentwickelnd, zeitdiagnostisch und synthetisierend agieren; die Zuwendung zu empirischen Analysen im engeren Sinne berge aber die Gefahr verkürzter Methodik. Die Frage nach einer adäquaten Ausweitung des methodischen Arsenal der Politischen Theorie um nachbardisziplinäre Zugänge zog sich auch durch einige weitere Vorträge. *Lisa Herzogs* (München) Plädoyer für kollaboratives Arbeiten mag dabei durchaus das Potential besitzen, einem vorschnellen Ausschluss neuer Methoden entgegenzuwirken.

Internationalisierung durch Philosophisierung?

Führt der Weg zu einer weiteren Internationalisierung der deutschen Politischen Theorie (auch) über eine Annäherung an die Politische Philosophie? Dieses Fazit würden sicherlich einige TagungsteilnehmerInnen ziehen. Dies wirft freilich drei Problemkomplexe auf: Erstens ist stärker zu reflektieren, welche Paradigmen politiktheoretischer Forschung erwünscht sind. So könnte eine stärkere Ausrichtung an analytischer Politischer Philosophie Gefahr laufen, die Stärken deutscher Theorietraditionen, etwa ihren historisch-soziologischen Charakter, Preis zu ge-

ben (vgl. dazu auch Müller 2002: 175–176). Möglicherweise spricht auch etwas dafür, bei den Bemühungen um eine Internationalisierung der deutschen Politischen Theorie den Blick weniger nach Großbritannien (das durch starke methodisch-disziplinäre Frontstellungen geprägt ist) und stärker in die Vereinigten Staaten zu werfen. Erinnert sei an dieser Stelle noch einmal an die von Chambers aufgezeigte methodische und inhaltliche Pluralität US-amerikanischer Politischer Theorie.

Zweitens stellt sich die Frage, ob eine Erhöhung der internationalen Anschlussfähigkeit der deutschen Politischen Theorie ohne eine verstärkte Hinwendung zu englischsprachiger Publikationspraxis geleistet werden kann. Dies wurde auch kontrovers und (zu) kurz im Tagungsrahmen diskutiert. Die ungewöhnlich starke Präsenz englischsprachiger Tagungsbeiträge kann in diesem Zusammenhang freilich bereits als ein Signal verstanden werden. Drittens müsste ein ausführlicherer Austausch darüber stattfinden, inwiefern eine intensiverte Nähe zur Politischen Philosophie Auswirkungen auf das Verhältnis der Politischen Theorie zu den anderen politikwissenschaftlichen Teildisziplinen hätte. Nun muss eine gute Arbeitsbeziehung von Politischer Theorie und Politischer Philosophie nicht zwangsweise das intradisziplinäre Verständnis einrüben. Die Anerkennung der Relevanz empirischer Rekonstruktion für politische Theorie in vielen der Tagungsbeiträge lässt optimistisch gestimmt sein.

Literatur

- Armitage, David, 2012: What's the Big Idea? Intellectual History and the *Longue Durée*. In: *History of European Ideas* 38 (4), 493–507.
- Göhler, Gerhard, 1990: Einleitung: Politische Ideengeschichte – institutionentheoretisch gelesen. In: ders. / Kurt Lenk / Herfried Münkler / Manfred Walther (Hg.), *Politische Institutionen im gesellschaftlichen Umbruch. Ideengeschichtliche Beiträge zur Theorie politischer Institutionen*, Opladen, 7–19.

-
- Müller, Jan-Werner, 2002: Rawls in Germany. In: *European Journal of Political Theory* 1 (2), 163–179.
- Waldron, Jeremy, 2016: *Political Political Theory. Essays on Institutions*, Cambridge, MA.
- Wolff, Jonathan, 2019: Method in Philosophy and Public Policy: Applied Philosophy versus Engaged Philosophy. In: Annabelle Lever und Andrei Poama (Hg.), *The Routledge Handbook of Ethics and Public Policy*, New York, 13–24.